



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Cleinow, Georg: Der Waffenstillstand mit Rußland

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Der Waffenstillstand mit Rußland

Von Georg Kleinow

**S**ndlich ist der Krieg zu jenem kritischen Zeitpunkte herangereift, an dem wir als Ergebnis militärischer Erfolge eine ausschlaggebende politische Tatsache zu verzeichnen haben. Nur der Eintritt Bulgariens als Folge der Niederwerfung Serbiens ist von ähnlicher Bedeutung für die Entwicklung des Krieges gewesen. Die russische Regierung hat sich unter dem auf dem Lande lastenden äußeren und inneren Druck entschlossen, mit unseren Heerführern im Osten einen Waffenstillstand abzuschließen, der nach der Bestimmung des Artikels IX der Akte von Brest-Litowsk den Frieden einleiten soll. „Die vertragschließenden Parteien werden im unmittelbaren Anschluß an die Unterzeichnung dieses Waffenstillstandsvertrages in Friedensverhandlungen eintreten.“ Form und Inhalt der Akte geben eine gewisse Gewähr dafür, daß es sich bei dieser Abrede nicht lediglich um eine theoretisch gemeinte Wendung handelt. In Artikel IV finden wir bereits die Absicht zu weitgehender Verständigung, wenn „zur Entwicklung und Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern der vertragschließenden Parteien“ eine Verkehrsordnung freundnachbarlichen Beziehungen die Wege zu ebnen bemüht ist. Noch weiter über die Grenzen eines Waffenstillstandes hinaus führt die Bestimmung des Artikels X, in dem grundsätzlich die Neutralität Persiens und die territoriale Unversehrtheit des persischen Reiches anerkannt wird. Die Bestimmung dieses Artikels bedeutet eine Stellungnahme Rußlands gegen die englische Politik in Persien und läßt ahnen, daß die russische Regierung in dieser Frage bereits eine Gemeinsamkeit der Interessen mit Deutschland herausgefunden haben mag. Die Wiederaufnahme des Seehandels über Odesa könnte schon als eine unfreundliche Handlung Rußlands gegen seine bisherigen Verbündeten ausgelegt werden. Der gute Wille, zu einem Frieden zu kommen, ist somit auf beiden Seiten vorhanden und es steht zu hoffen, daß sich schon bei den bisherigen Waffenstillstandsverhandlungen eine ganze Reihe gemeinsamer Belange offenbart haben, deren Erkenntnis nicht nur den Weg zum Frieden freilegen, sondern auch eine Wiederherstellung der alten guten Beziehungen von Volk zu Volk gewährleisten.

Dennoch wollen wir mit unseren Hoffnungen und Wünschen den Tatsachen nicht vorauseilen. Der Weg zum Frieden ist von mannigfachen Gefahren umlauert, die um so überraschender auftreten können, als ihr ganzer Umfang nicht übersehen werden kann. Es sind äußere und innere Gefahren, solche, die sich aus der innerpolitischen Lage der gegenwärtigen russischen Regierung und aus Rußlands bisheriger Freundschaft mit den Westmächten ergeben und solche, die bei uns selbst und in unserer Abhängigkeit von den Bundesgenossen und von unseren eigenen bisherigen diplomatischen Schritten liegen.

Ohne Frage, die größte Gefahr für den Abschluß eines Friedens liegt in der Unsicherheit der Stellung der Regierungsgewalt in Rußland. Gewiß wird jede Regierung, die dem Volke den Frieden zu bringen vermag, von vornherein eine große Autorität im eigenen Lande gewinnen, aber sie wird dennoch nicht die prinzipiellen Gegner ihres Standpunktes auf ihre Seite ziehen, wenn sie ihnen nicht auch die Vorteile des Friedens nachweisen kann. In Rußland liegen nun die Dinge so, daß die Regierung Lenin-Trotsky mit ihrem radikal-sozialistischen Programm in der inneren Politik alle jene Kreise auch zu ihren innerpolitischen Gegnern zählen muß, die vor dem Kriege Sinn für ein friedliches Zusammenleben mit Deutschland hatten, die Konservativen und jene, die als wirtschaftspolitische Gegner Deutschlands sich in die Arme der Entente geworfen hatten, die Liberalen, also das gesamte Bürgertum.

Diese innerpolitische Gegnerschaft fällt naturgemäß nun auch auf uns, da wir, einmal zum Frieden entschlossen, die Träger des Friedens von drüben nach Kräften unterstützen und fördern müssen, wenn ihre Weltanschauung auch nicht die unfruchtbarste ist. Sie wird ein starker Hebel für die Entente bleiben, um unsere Friedensverhandlungen mit Rußland zu stören. Die Parteiungen in Rußland in Zahlen darstellen zu wollen, hätte keinen Zweck, denn die Zahlen beweisen tatsächlich gar nichts, selbst wenn sie vollständig und einwandfrei wären. Sie gewinnen erst für ein späteres Stadium an Bedeutung, wenn nämlich die Armee in die Heimat zurückgekehrt ist, ebenso wie die Gefangenen und die neuen politischen Grundlagen des russischen Lebens Gegenstand des Kampfes der Parteien mit friedlichen Mitteln sein wird. Gegenwärtig gibt die Stimmung bei Armee, Flotte und Eisenbahnen den Ausschlag. Ihr haben sich nicht nur die Regierungsorgane der Leninisten, sondern auch die Kadetten und Nationalsozialisten zu unterwerfen, — durch sie würden auch vorläufig die Grenzen des Ententeinflusses bestimmt sein.

Von größter Bedeutung in diesem Zusammenhang ist die Zusammenziehung der russischen Konstituante, die vielleicht schon zusammengetreten ist, deren Zusammentritt jedenfalls in kürzester Zeit erwartet werden muß. Wir haben nur ein sehr unklares Bild davon. Das eine aber scheint sicher zu sein, daß keine der in Betracht kommenden Parteien die absolute Mehrheit in ihr haben wird. Leninisten (Bolschewiki), National-Sozialisten und Bürgerliche (Kadetten), dürften drei gleich große Gruppen bilden. Die Monarchisten halten sich noch vollständig zurück. Ich glaube, daß die Regierung ihre Lage im Innern ganz bedeutend festigen würde, wenn sie, nachdem sie einmal der bürgerlichen Gesellschaftsordnung durch Aufhebung des Privateigentumsrechts am Grund und Boden so rücksichtslos den Krieg erklärt hat, wenn sie alle Zahlungsverpflichtungen gegen das

Außland, mögen sie durch Anleihen oder Warenlieferungen begründet sein, althöhe und dadurch den russischen Staat von vornherein auf eine gesunde finanzielle Basis stellen wollte. Eine solche radikale Maßnahme würde das Unabhängigkeitsgefühl der Russen stärken und nicht nur die Sozialisten aller Richtungen sich vereinigen lassen können zum inneren Aufbau des Landes. Dies scheint mir eine der wichtigeren Voraussetzungen dafür, daß unser Friede mit Rußland wirklich etwas mehr wird, wie ein verlängerter Waffenstillstand. Die Einwände, die sich dagegen aus dem russischen bürgerlichen Lager erheben, sind hinfällig. Sie sagen, durch eine solche Maßnahme würde Rußland die Entente vor den Kopf stoßen und sich selbst auf Gnade und Ungnade dem deutschen Nachbarn ergeben. Wie grundlos dieser Einwand ist, ergibt sich schon aus den Geschäftsgepflogenheiten des Moskauer Kaufmanns. Jeder, der mit echt russischen Geschäftshäusern geschäftlich, besonders aber als Warenlieferant verkehrt hat, weiß, daß auch die besten und angesehensten Firmen von Zeit zu Zeit ihre Gläubiger zu einer „Tasse Tee“ einladen und vor ihnen den „Pelz umdrehen“, d. h. sich für zahlungsunfähig erklären und nur dann weitere Aufträge in Aussicht stellen, wenn die Konten an Ort und Stelle als ausgeglichen anerkannt werden. Mit saurer Miene geht der Lieferant auf einen Akkord ein, und er kann es auch, weil ihn der Russe so viel hat verdienen lassen — in weitherzigster Weise hat verdienen lassen, — daß der augenblickliche Verlust dabei meist garnicht mehr ins Gewicht fällt. Man akkordiert und betreibt die nächsten 10—15 Jahre ein um so glänzenderes Geschäft, bei dem der Akkordverlust sehr schnell verschmerzt wird. Wenn Rußland heute seinen Akkord in der oben angedeuteten Weise durchsetzen wollte, würden die französischen, englischen und amerikanischen Geldgeber dennoch keinen Tag zögern, mit Deutschland in Wettbewerb auf dem russischen Markte zu erscheinen, und die russische Regierung wird in ihren Wirtschaftsnöten nicht auf Deutschland allein angewiesen sein.

Neben den welt-wirtschaftlichen Ängsten dürften die territorialpolitischen zurücktreten. Das Haupthemmnis für Rußlands kulturpolitische Entwicklung war seine Flächenausdehnung oder richtiger die mit der Erzeugung kultureller Kräfte im Innern in keinem Verhältnis stehende Ausbreitung seines Territoriums. Rußlands Kultur- und Wirtschaftspolitik war extensiv. Während weite Flächen des europäischen Schwarzerdegebiets wegen mangelnder Bewässerung regelmäßig unter Mangeln und Hungersnöten zu leiden hatten, wurden Intelligenz und Kapital in der breitesten Weise hinaus nach Turkestan geschickt, um durch künstliche Bewässerungsanlagen den Baumwollbedarf Rußlands sicherzustellen. Um die Russifizierung von Polen, Litauern, Deutschen, Letten, Griechen und Armeniern durchzuführen, mußten sich Millionen Großrussen selber kulturelle Beschränkungen gefallen lassen, die ihren Lebensnerv bedrohten. Mit dieser Politik beabsichtigt die sozialistische Regierung zu brechen: jede Nationalität soll für sich selbst sorgen! Um die russische Nation aus dem Sumpf zu ziehen, in den sie die zarische Bureokratie im Bunde mit dem internationalen Großkapital gestoßen hat, bedarf es intensiver, durch keine Sonderinteressen beeinträchtigter Arbeit. Die russische Regierung braucht es daher nicht als eine Niederlage anzusehen, wenn die „Fremdvölker“ der Westgebiete ihre eigene nationale Organisation mit Hilfe der deutschen und österreichisch-ungarischen Staaten besorgen. Rußland wird dadurch entlastet.

Für uns ist es andererseits eine Lebensfrage, zu verhindern, daß die genannten Gebiete in den russischen Strudel hineingezogen werden. Nach der ordentlichen Verwaltung, der die russischen Westprovinzen während des Krieges unterworfen waren, können sie sehr schnell und verhältnismäßig leicht Friedensverhältnissen zugeführt werden. Sie würden dann eine bedeutende Stütze für unsere, aber auch für die russische Wirtschaft sein und es der neuen russischen Regierung erleichtern, Ordnung im eigenen Hause zu schaffen. Dies um so mehr, als der größte Teil des sogenannten Nordwestgebiets Sumpf- und Waldland ist, das zu seiner Ernährung auf die Nachbargebiete angewiesen ist. Es kann somit für unsere Unterhändler keine unüberwindlichen Schwierigkeiten machen, die Russen zu einer Verständigungsgrundlage zu führen, von der aus sich ein rechtschaffener Friede erwarten ließe, ein Friede, der den Russen kulturellen und weltpolitischen Aufstieg in dem gleichen Maße verbürgt wie uns selbst.

Für viele mag das eigenartige Auftreten der Ukraina gegen eine russische Regierung von so großer Liberalität in Verfassungs- und Nationalitätenfragen, wie die der Lenin-Trojki gezeigt hat, eine große Überraschung gewesen sein. Ich glaube, daß diejenigen meiner Leser, die meinen Aufsatz „Das Problem der Ukraina“ noch im Gedächtnis haben — er ist allerdings schon vor drei Jahren geschrieben —, nicht gar so arg überrascht sein werden. Ich wies damals darauf hin, daß die nationale Bewegung nur von einer dünnen, nicht sehr einflussreichen Schicht betrieben würde, während die wirtschaftlich führenden Kreise durchaus als russophil zu gelten hätten. Diese wirtschaftlichen Kreise sind eng verbunden mit dem belgischen und französischen Kapital, Gegner des Sozialismus, standen in enger Beziehung zur zarischen Bürokratie. Alle ihre Privatinteressen schienen sie zu Gegnern der Mittelmächte zu machen. Die nationale Bewegung der Ukraina hatte nur so lange ihr Interesse, als es ihnen möglich schien die reichen Petroleumquellen Ostgaliziens zu gewinnen. Schwand aber die Hoffnung darauf, so verschwanden für sie auch die völkischen Gründe. Für sie ist Südrußland Kern und Grundlage der russischen Wirtschaft; nicht die Ukraina kann von Moskau abfallen, höchstens Moskau von der Ukraina. In ihnen lebt der Kampf um die Hegemonie zwischen Moskau und Kiew wieder auf. Südrußland kann ohne den Norden bestehen, auch als selbständiger Staat, — aber der Norden kann es nicht ohne den Süden! Das den Mittelmächten zugetane Element ist stark enttäuscht durch die Vorentscheidungen, die die Regelung der Polenfrage nach sich gezogen hat: sie fürchten eine Auslieferung ihrer nationalen Interessen an die Polen. Als ein weiterer wichtiger Faktor zur Erklärung der Haltung der Ukraina kommt die eigenartige Stellung, die die Kosaken noch innerhalb der Armee einnehmen. Ihre halb demokratisch-bäuerliche, halb aristokratisch-soldatische Stellung schützen sie vor einem nachhaltigen Einfluß sozialistischer Ideen. Ihre Traditionen, die in tiefer Heimatsliebe wurzeln, machen sie dagegen solchen Parolen zugänglich, wie sie ein General Kalebin oder ein Zuckerkönig Terestchenko ausgeben. Daher darf man auch die Entwicklung in der Ukraina nicht gar so leicht nehmen, sondern muß ihr intensive Aufmerksamkeit schenken.

Der Waffenstillstand von Brest-Litowsk vom 14. Dezember 1917 wurde von unseren Soldaten, vom Generalstabe abgeschlossen. Sie haben, nachdem sie erst die militärischen Grundlagen dafür geschaffen hatten, durch den Wortlaut des

Waffenstillstandsvertrages ein diplomatisches Meisterwerk zuwege gebracht. Jetzt treten sie von der Führung der politischen Geschäfte zurück: die Diplomatie zieht im Verhandlungsorte ein. Soweit aus den amtlichen Zeitungsnachrichten zu erkennen ist, geht von deutscher Seite im Auftrage des Reichskanzlers Herr von Kühlmann als Unterhändler persönlich nach Brest-Litowsk, begleitet von einem Stabe, dessen Zusammensetzung seinen Absichten entsprechend getroffen sein dürfte: die Geheime Räte Radolny, von Rosenberg, Stockhammer, Simons und Schüler — Namen von gutem Klang. Osterreich-Ungarn tritt mit dem Grafen Czernin und einigen Männern auf, die der deutschen Öffentlichkeit schon lange bekannt sind, unter ihnen Dr. von Wiesner, vor dem Kriege Konsul in Belgrad und Kollege unfres Herrn Schlieben, sowie Baron Andrian, langjähriger Generalkonsul in Warschau, der seine Tätigkeit an der Weichsel erst vor einem Jahre aufgegeben hat. Von türkischer Seite haben der Minister des Äußern Nassimi Bei und sein Unterstaatssekretär Reschad Hilmet Bei die Reise nach Poblachien angetreten. — Natürlich durfte es nicht fehlen, daß, wie eine Wiener Nachricht der „Arenzeitung“ besagt, die Polen gleichfalls wünschen, mit einem eigenen Unterhändler in Brest-Litowsk vertreten zu sein. Auf welches Recht sie sich bei ihrem Wunsche stützen, ist freilich nicht zu erkennen: nachdem sie weder eine Armee aufgestellt, noch gegen Rußland den Krieg erklärt haben, und wenn sie solches wirklich getan hätten, ihre auswärtigen Angelegenheiten grundsätzlich von den Mittelmächten besorgt werden sollen, liegt kein Grund vor, sie bei Verhandlungen teilnehmen zu lassen, die sie durch ihre bekannte Lust an der Intrigue doch nur ungünstig beeinflussen könnten!

Es läßt sich nicht gerade behaupten, daß Herr von Kühlmann ausgerüstet mit dem allseitigen Vertrauen der Nation nach Brest-Litowsk abreißt. Auf der ganzen Rechten wünscht man sich eine starke Kontrolle seiner Tätigkeit durch die Oberste Heeresleitung, deren Organe so verheißungsvoll glücklich in der Einleitung des Waffenstillstandes waren. Auf der Linken denkt man sich die Kontrolle durch den Reichstag ausgeübt und sei es auch nur durch den sogenannten Siebenerauschuß beim Reichskanzler. Dabei fürchten die einen, Herr von Kühlmann könne, gestützt auf die deutsche Antwort auf die Papstnote, einen sogenannten Verzichtfrieden herbeiführen, während die anderen meinen, er könne sich durch die bösen Abdeutschen zu Annexionen verführen lassen. Ich glaube, alle solche Betrachtungen sind zurzeit müßig. Warum soll Herr von Kühlmann nur deshalb ein schlechterer Deutscher sein, wie andere, weil er zufällig Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ist? Wir können von der Heimat aus nur sehr vorsichtig auf den Gang der Friedensverhandlungen einwirken, weil es technisch unmöglich ist, allen ihren Phasen bis in die letzte Einzelheit zu folgen. Daraus würde auch der Umstand nichts ändern, daß die russische Regierung alle Verhandlungen öffentlich führen will. Darum tun wir gut, den Unterhändlern während der nächsten Wochen nach Kräften den Rücken zu stärken durch unerschütterliche Einigkeit in der Friedensfrage. Die Unterhändler müssen sich jeden Augenblick bewußt sein, daß der Abschluß eines günstigen Handelsvertrages mit Rußland mit Gründung eines mehr oder minder selbständigen Polen nicht Endziel unserer Kriegsmühen gewesen sein kann. Ihre augenblickliche Hauptaufgabe ist, den Ring unserer Gegner, den die Armee militärisch durchbrochen hat, nun auch politisch an der Ostseite zu öffnen.

Es ist das eine ähnliche Aufgabe, wie sie schon nach Serbiens Niederwerfung mit Bulgarien geleistet wurde. Damals wurde der feindliche Ring gegen den Orient geöffnet, — heute heißt es eine größere Bresche nach Osten zu legen. Angesichts der historischen Stellung Rußlands Deutschland gegenüber wird die Aufgabe damit nicht erschöpft. Aber die Wiederherstellung guter wirtschaftlicher Beziehungen zu Rußland hinaus bedürfen wir, ohne die Rechte anderer uns freundlich gesinnten Nationen dadurch schmälern zu müssen, Bewegungsfreiheit in kolonialisatorischer Hinsicht, Sicherheit unserer Grenzen gegen alle Möglichkeiten, wie sie noch in der Zeiten Schoße schlummern mögen, — Möglichkeiten, die auch in dem unfertigen Gährungszustande Rußlands zu gewärtigen sind. Den allgemein menschlichen Idealen werden unsere Diplomaten zweifellos am besten dadurch dienen, wenn sie den starken moralischen Kräften freie Entwicklung sichern, die sich in dem Beltrigen so herrlich bewährt haben, nämlich den guten deutschen Eigenschaften. Die deutsche Kultur soll weder durch Überwiegen der kosmopolitischen Händlerinteressen noch durch den internationalen Sozialismus bedroht sein.



## Die Reform des preußischen Landtages

Von Dr. Friedrich Thimme



eit ich in Nr. 14 vom 4. April 1917 zum letztenmal in den „Grenzböten“ die Wahlrechtsfrage behandelt habe, hat sich die Situation von Grund aus gewandelt. Schon wenige Tage später, am 7. April, erschien die kaiserliche Osterbotschaft, die die Art an das geltende Dreiklassenwahlrecht legte. „Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach meiner Überzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr,“ so sprach der deutsche Kaiser und preußische König zu seinem Volke. Nach allem, was wir heute wissen, dürfen wir annehmen, daß die Überzeugung des Trägers der Krone und seines ersten Ratgebers schon damals so gut in der Richtung des gleichen wie in der des geheimen und unmittelbaren Wahlrechtes feststand. Wenn mit dem offenen Bekenntnis noch zurückgehalten wurde, so geschah es wohl, weil es geraten schien, den Austrag des Meinungsstreites hinter der Front, der gerade bei der Proklamierung des gleichen Wahlrechtes unvermeidlich war, noch zu verschieben. Aber es zeigte sich bald, daß dieser Zweck durch die Lücke in der Osterbotschaft nicht erreicht wurde. So folgte der Osterbotschaft schon unter dem 11. Juli der Wahlrechtserlaß, der in Ergänzung jener Botschaft bestimmte, daß der dem Landtage vorzulegende Gesetzentwurf wegen